

Niederschrift

der 4. Sitzung des Kreistages des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. am Mittwoch, 29. Oktober 2014, 14.30 Uhr, im Saal des Landratsamtes Neumarkt i.d.OPf.

Anwesende:

1. Vorsitzender:
Landrat Willibald Gailler
2. die Stellvertreter des Landrats
Bauer Josef
Himmeler Helmut
Rackl Heidi
3. die Kreisräte:

Bayerl Rudolf	Köstler Josef
Belzl Guido	Kratzer Horst
Betz Peter	Kraus Bernhard
Binder Gerhard	Lahner Helmut
Braun Carolin	Lippmann Dirk
Braun Peter	Löhner Albert
Deß Albert, MdEP	Mayer Josef
Deß Maria	Meier Eduard
Düring Franz	Meyer Michael
Dürr Alois	Müller Günter
Ehemann Erwin	Neufert Christel
Eisenreich Ludwig	Penkala Matthias
Feihl Richard	Reischl Markus
Forster Michael	Scherer Alois
Gerngroß Hans	Schick Roswitha
Graf Bernhard	Dr. Schlusche Roland
Großhauser Stefan	Schmid Martin
Hoerkens Helga	Späth Erna
Hollweck Siglinde	Stehrenberg Johanna
Dr. Hundsdorfer Martin	Steinbauer-Erler Sigrid
Jawurek Helmut	Weidinger Regina
Jung Erwin	Werner Ilse
Kellermeier Josef	Wild Wolfgang
Klein Stilla	
4. entschuldigt fehlen die Kreisrätinnen und Kreisräte:

Dr. Bärtl Wolfgang	Hierl Susanne
Delacroix Gerlinde	Karl Alois, MdB
Dorner Ruth	Schierl Barbara
Ernst Ferdinand	Thumann Thomas
Füracker Albert, MdL	Wolf Adolf
5. die Juristen:
Merk Daniel
Dr. Pfohl Gerhard
Wiesenberg Manfred

6. die Kreisbediensteten:
 Gottschalk Michael
 Hadwiger Roland
 Herrmann Ursula
 Iberl Werner
 Kraus Lothar
 Ried Hans
 Schardt-Pachner Walter
 Dr. Sperber Heinz
7. zu TOP A 2
 Monika Aurbach, Agentur für Arbeit
8. Vertreter der Presse
9. Schriftführer:
 Eichenseer Matthias

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentlicher Teil

1. Anerkennung der Niederschrift der 3. Sitzung
2. Informationen über die Situation von Asylbewerbern im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.;
 Unterbringung und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, rechtlicher Status
 und Möglichkeiten der Beschäftigung und Arbeitsaufnahme
3. Abfallwirtschaft;
 Gesamtüberblick über die Situation der Abfallentsorgung
4. Abfallwirtschaft;
 Beschlussfassung und Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Besei-
 tigung von Abfällen im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. – Abfallwirtschaftssatzung -
5. Abfallwirtschaft;
 Beschlussfassung der Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallbeseitigung
 im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.

A) Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Einige Kreistagsmitglieder hätten sich entschuldigt, die Beschlussfähigkeit sei jedoch gegeben.

1. Anerkennung der Niederschrift der 3. Sitzung

Gegen die o. a. Sitzung werden keine Einwendungen erhoben. Sie ist damit genehmigt.

(51:0)

2. Informationen über die Situation von Asylbewerbern im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.;

Unterbringung und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, rechtlicher Status und Möglichkeiten der Beschäftigung und Arbeitsaufnahme

Der Vorsitzende erklärt, die Thematik um die Asylbewerber stelle die Kommunen vor große Herausforderungen. Aus diesem Grund sollten die Mitglieder des Kreistags über die Situation umfassend informiert werden.

Er bittet Herrn Dr. Pfohl, den zuständigen Abteilungsleiter für das Sozialwesen, um seinen Vortrag. In seine Zuständigkeit falle u. a. die Unterbringung der Asylbewerber.

Herr Dr. Pfohl erläutert die als Anlage 1 beigefügte Powerpoint-Präsentation.

Kreisrätin Hoerkens möchte wissen, weshalb die Asylsozialberatung nur durch die Diakonie, nicht aber von der Caritas oder anderen Hilfsorganisationen angeboten und durchgeführt wird.

Herr Dr. Pfohl berichtet, Herr Schinner von der Caritas habe sich sehr darum bemüht, die Asylsozialberatung durchführen zu können. Leider habe er vom Bistum Eichstätt keine Freigabe erhalten, da diese die Restkosten von 40 % nicht habe tragen wollen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Pfohl für dessen Vortrag und dem Engagement, das dieser bei der Erfüllung seiner Aufgaben zeige. Herr Dr. Pfohl sei mit großer Leidenschaft und Kompetenz bei der Sache. Er dankt Herrn Dr. Pfohl und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die bisher geleistete Arbeit. Man könne festhalten, dass der Landkreis Neumarkt über eine gute Willkommenskultur verfüge. Dies komme auch in der Übererfüllung der belegten Plätze zum Ausdruck. Auch der „Neumarkter Weg“, den Herr Dr. Pfohl entscheidend mitgeprägt habe, sei ein Zeichen dieser Kultur.

Kreisrätin Stehrenberg spricht die Krankenhilfekosten von 420.000 € an. Sie interessiert, wie sich diese Kosten zusammensetzen, ob es sich um rechtlich vorgeschriebene Untersuchungen handle oder ob die Asylbewerber einfach krank seien und behandelt werden müssten.

Herr Dr. Pfohl antwortet, die ärztlichen Grunduntersuchungen würden bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen durchgeführt. Diese Kosten trägt der Staat direkt. Die Kosten für die Krankenhilfe fallen erst bei Erkrankungen während des Aufenthalts hier im Landkreis an. Herr Dr. Pfohl weist darauf hin, dass ein hoher Kostenanteil auf Schwangere entfalle. Oftmals müssten aber auch Folgen von physischer und psychischer Gewalt behandelt werden.

Kreisrätin Stehrenberg fragt nach, wie viel Stunden für die Asylsozialberatung je Asylsuchendem vorgesehen sei.

Herr Dr. Pfohl erklärt, die Beratung erfolge nach Bedarf. Einen speziellen Schlüssel gebe es hier nicht. Im Augenblick reiche die Beratungstätigkeit aus, da auch Herr Dr. Pfohl, soweit möglich, beratend tätig werde. Allerdings sei die weitere Kraft unbedingt erforderlich. Dass die Asylsozialberatung von einer neutralen Stelle wahrgenommen werde sei gut und sinnvoll.

Kreisrat Dr. Schlusche möchte wissen, ob Zahnbehandlungskosten in den Krankenhilfekosten enthalten seien. Er habe sich mit den Asylbewerbern in Velburg unterhalten. Dabei seien Probleme bei der Zahnbehandlung geschildert worden.

Herr Dr. Pfohl bestätigt, dass Zahnbehandlungen Teil der Krankenhilfekosten seien. Allerdings gebe es kleinere Einschränkungen, z. B. wenn es sich um aufschiebbare Leistungen handle. Hier sei der Landkreis Neumarkt relativ großzügig. Herr Dr. Pfohl merkt an, Asyl-

bewerber würden on Top behandelt, d. h. sie fielen nicht ins Budget eines Arztes oder Krankenhauses wie ein gesetzlich versichertes Krankenkassenmitglied.

Kreisrat Dr. Schlusche hält Sprachkurse für extrem schwierig. Die Verständigung mit den Asylbewerbern in Velburg sei extrem schlecht, da diese vorwiegend aus Syrien kämen und kaum jemand die arabische Sprache beherrsche.

Herr Dr. Pfohl räumt ein, dass die Kommunikation oftmals schwierig sei. Für Behandlungen bei einem Arzt oder im Krankenhaus sei die Verständigung sehr wichtig. Die Asylsozialberaterin, Frau Scholz, habe eine Liste von Dolmetschern. Wenn eine ärztliche Behandlung anstehe müsse ein Dolmetscher, auch aus rechtlichen Gründen, gestellt werden. Die Regierung der Oberpfalz habe zugesichert, dass diese Kosten erstattet würden.

Kreisrat Dr. Schlusche geht auf hygienische Mängel in den Unterkünften ein und möchte wissen, wie nach Bekanntwerden von Missständen vorgegangen werde.

Herr Dr. Pfohl teilt mit, man quartiere die betroffenen Personen in andere Unterkünfte um und forcieren die erforderlichen baulichen Veränderungen. Probleme in der Vergangenheit seien so gelöst worden. Er hoffe, dass es keine neuen Missstände geben werde.

Kreisrat Dr. Schlusche regt an, dass bei den neu einzustellenden Beratungskräften auf entsprechende Fremdsprachenkenntnisse geachtet werden soll.

Herr Dr. Pfohl erklärt, entsprechende Fremdsprachenkenntnisse wären sinnvoll und wünschenswert. Allerdings sei Frau Tzschbran seines Wissens bereits mit einem Arbeitsvertrag ausgestattet.

Abschließend stellt Kreisrat Dr. Schlusche die Frage nach der Verweildauer von Asylbewerbern im Landkreis.

Herr Dr. Pfohl verweist auf die relativ hohe Fluktuation. Demnach betrage die durchschnittliche Verweildauer von Asylbewerbern deutlich über 1 Jahr.

Die weitere Stellvertreterin des Landrats, Heidi Rackl, möchte wissen, warum die 12 jugendlichen Asylbewerber in getrennten Einrichtungen und nicht gemeinsam untergebracht seien.

Herr Dr. Pfohl führt aus, der Bund habe sich ursprünglich vorgestellt, die unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen sollen quasi rund um die Uhr sozialpädagogisch betreut werden. Dies wäre mit immensen Kosten verbunden. Ob dies für die Jugendlichen so ideal wäre, das wage er zu bezweifeln. Über die schulische Begleitung habe man sich weniger Gedanken gemacht. Diese Richtlinien seien fallen gelassen worden. Die neueste Meldung sei, dass den Landkreisen mehr Freiheit gegeben werde, wie damit umgegangen werden soll. Er selbst habe, was die Unterbringung in Seligenporten angeht, einen Anfang gemacht. Der Jugendliche sei in der ganzen Oberpfalz herumgeschickt worden. Die Oberpfälzer Einrichtungen hätten die Unterbringung abgelehnt mit der Begründung, dass der Jugendliche unzumutbar sei. Er sei nun in Seligenporten untergebracht, wie die Erwachsenen Asylbewerber auch. Er sei integriert und unauffällig. Vielleicht habe dieser Fall einige Verantwortliche zum Umdenken gebracht, ob man nun mit einer ganzen Armada an Fachleuten arbeite oder ob es nicht besser eine „menschliche“ Lösung gebe. Herr Dr. Pfohl habe mit dem Leiter des Jugendamtes abgestimmt, ob es nicht besser wäre, die Jugendlichen in ganz normale Unterkünfte einzustreuen, wo es passen könnte. Man könne dann mit ambulanten Maßnahmen, auch mit berufsfördernden Maßnahmen versuchen, dem Menschen zu helfen. Da wolle man kreativ sein.

Kreisrat Kraus möchte ein Dankeschön an Herrn Dr. Pfohl aussprechen. Der Umgang mit den Bürgermeisterkollegen und ihm sei fair und angenehm. Bevor eine Unterbringung erfolge finde eine Abstimmung mit den jeweiligen Bürgermeistern statt. Die Unterbringung

der Flüchtlinge und Asylbewerber finde weitestgehend in ordentlichen Unterkünften statt. In dieser 1. Phase seien die guten Immobilien angemietet worden. In der Zwischenzeit würden jedoch zunehmend Unterkünfte angeboten, die abgewirtschaftet und von Immobilienhain aufgekauft worden seien. Es sei wohl erkannt worden, dass hier viel Geld erwirtschaftet werden könne. Die Bürgermeister und Herr Dr. Pfohl seien gefordert, Sanierungsarbeiten einzufordern, um den Asylsuchenden solche Standards zu bieten, wie man sie der deutschen Bevölkerung auch zubilligen würde. In den Gemeinden sollten außerdem die Migrationsbeauftragten besser in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Nach der gelungenen Unterbringung müsse ein gutes Miteinander angestrebt werden. Asylbewerber, denen ein längeres oder vielleicht sogar endgültiges Bleiberecht gewährt werde, müssten sich integrieren. Daher seien die deutschen Sprachkurse zur Integration unerlässlich.

Herr Dr. Pfohl pflichtet Kreisrat Kraus in allen Punkten bei. Sein größtes Anliegen sei, dass die Unterkünfte sich in einem möglichst guten Zustand, sowohl innen wie außen, befänden. Auch bei ihm würden sich die geschilderten dubiosen Geschäftsleute melden und entsprechende Objekte anbieten. Bevor er sich bei den Bürgermeistern wegen der geplanten Unterkünfte melde habe er i.d.R. bereits alles abgecheckt. Das letzte Wort, ob die Asylsuchenden in der Unterkunft untergebracht werden sollen, werde aber nach wie vor der oder die BürgermeisterIn haben. Herr Dr. Pfohl weist darauf hin, dass er nicht nur Wohnungen suche – für ihn sei auch entscheidend, dass sich der Eigentümer als Kümmerer betätige. Die Eigentümer würden vertraglich als Unterkunftsleiter bezeichnet mit den entsprechenden Pflichten.

Kreisrat Kratzer spricht die Unterbringung von Kindern in den Kindergärten und Schulen an. Die Sachaufwandsträger dieser Einrichtungen seien besonders gefordert.

Herr Dr. Pfohl erklärt, man sei untereinander vernetzt. Es komme nicht nur darauf an, Flüchtlinge und Asylsuchende unterzubringen. Auch die Rahmenbedingungen müssten stimmig sein. Sammelunterkünfte könne man z. B. nur in größeren Orten unterbringen. Für Familien mit Kindern seien eher Ein- oder Zweifamilienhäuser in kleineren Orten passend.

Kreisrätin Steinbauer-Erler kritisiert den fehlenden Deutschkurs in Neumarkt obwohl man sich einig sei, dass für ein harmonisches Zusammenleben die Kenntnis der Sprache entscheidend sei. Sie möchte wissen, worin die Gründe lägen.

Herr Dr. Pfohl stimmt zu. Wenn er die Entscheidungsbefugnis hätte, dann würde er sofort einen Sprachkurs genehmigen. Hier sei der Staat zuständig. Aber selbst, wenn der Staat den Sprachkurs ablehnen sollte werde er versuchen, einen Sprachkurs zu organisieren. Man sei hier auf einem guten Weg. Es gebe zahlreiche Möglichkeiten und Initiativen. Kommunikation sei sehr wichtig, nicht nur beim Arzt. Es habe auch mit Menschenwürde zu tun, dass man sich verständigen könne. Er weist auch darauf hin, dass die Kinder der Asylbewerber ab dem 1. Aufenthaltstag in Deutschland unter die Schulpflicht fielen. Es könne nicht sein, dass sie dem Unterricht beiwohnten, diesem aber wegen der Sprachbarrieren nicht folgen könnten.

Kreisrat Düring verweist auf das Angebot des Bürgerhauses Neumarkt. Auch Stadtrat Hortolani sei in dieser Frage sehr engagiert.

Nach der Diskussionsrunde über den Vortrag von Herrn Dr. Pfohl bittet der Vorsitzende Herrn Kraus, Leiter des Sachgebiets Ausländerwesen im Landratsamt Neumarkt i.d.OPf., und Frau Aurbach, Leiterin der Niederlassung der Agentur für Arbeit in Neumarkt i.d.OPf., um deren Vorträge zu den rechtlichen Voraussetzungen für die Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern und Geduldeten (Anlage 2).

Kreisrat Müller stellt die Frage nach der Qualifikation der Flüchtlinge und Asylbewerber.

Frau Aurbach antwortet, die meisten Asylbewerber seien lediglich für den Helferbereich geeignet. Gut qualifizierte Fachkräfte finde man nur wenige. Daneben gebe es dann oft noch die Problematik der Anerkennung der Qualifikation. Gerade Flüchtlinge hätten die erforderlichen Zertifikate nicht dabei. Und im Helferbereich gebe es ausreichend vorrangige Bewerber. Es gebe Bereiche, in denen die Chancen größer seien, für eine Beschäftigung zugelassen zu werden. Das sei der Service-Bereich, das seien aber auch Helfer in Bäckereien und Fleischereien.

Kreisrat Scherer sieht Beschäftigungsmöglichkeiten bei gemeinnützigen Tätigkeiten in Gemeinden, ähnlich den 1-Euro-Jobs.

Frau Aurbach sieht auch hier keine Möglichkeiten. Die Zugangsvoraussetzungen seien die gleichen wie zu den normalen Beschäftigungsverhältnissen. Auch hier würde man genügend vorrangig berechnigte Bewerber finden.

Kreisrat Meyer sieht im Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt überwiegend rechtliche Probleme. Die ausreichende Qualifizierung sei ein anderes Problem. Die Arbeitgeber müssten sich mit einem großen Antragsberg auseinandersetzen. Schließlich könnten EU-Bürger und deutsche Bewerber jederzeit vor Gericht ziehen und würden den Prozess gewinnen. Es müsse die Rechtslage geändert werden, um die Flüchtlinge und Asylbewerber nicht aus dem Arbeits- und Sozialleben auszugrenzen. In ihrem Herkunftsland seien sie verachtet und verfolgt worden – nun drohe ihnen ebenfalls Verachtung in Deutschland.

Der Vorsitzende hält eine Diskussion über den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht für zielführend. Hier besitze der Kreistag keinerlei Kompetenz. Andererseits gebe es einen gesellschaftlichen Druck auf den Gesetzgeber, die rechtlichen Hürden abzubauen. Es sei auch einige Bewegung in diese Richtung erkennbar.

Der weitere Stellvertreter des Landrats, Helmut Himmler, berichtet, er habe vor 2 Wochen an einer Sitzung des Bildungsausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes teilgenommen mit dem Thema „Umgang mit Flüchtlingen in den kommenden Jahren“. Bei den Neuankömmlingen soll es sich um sehr hochqualifizierte und hochmotivierte junge Menschen handeln. Hier im Kreistag befasse man sich mit Themen, die i.d.R. überschaubar und planbar seien. Sie würden entschieden und anschließend umgesetzt. Dieses Thema heute sei ein sehr bedeutendes. Hier im Kreistag sei man tätig und trage Verantwortung, und fast alle auch draußen in den Gemeinden. Die veränderte Situation – man spüre es förmlich in den Gemeinden, im Land und in der Gesellschaft – dass sich derzeit etwas Fundamentales ändere im Umgang mit Menschen, die zu uns kämen. Die Vergangenheit sei wohl von der Vorgehensweise geprägt gewesen, dass man davon habe ausgehen können: Na ja, 3 % würden wohl letztendlich übrig bleiben nach dem Anerkennungsverfahren. Dann blieben wohl darüber hinaus noch welche, bei denen die Abschiebung wohl schwierig werden könnte. Und so sei man mit dem Thema umgegangen. Man wisse heute – das sei vorbei. Der weitere Stellvertreter des Landrats, Helmut Himmler, denkt, man müsse davon ausgehen, diese Thematik werde bleiben und deshalb müsse anders mit dieser Thematik umgegangen werden. Die Bundesgesetzgebung gebe den rechtlichen Rahmen – dieser verändere sich derzeit auch sehr rasant. Und darüber hinaus gebe es ohnehin die Verpflichtung, mit der Thematik angemessen würdig umzugehen. Manchmal sei es hilfreich, in die Verfassung, ins Grundgesetz, zu sehen. Art. 1 Satz 1 GG sage dort: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Da sei nicht von Christen oder Roten oder Menschen mit weißer Hautfarbe die Rede. Sondern es gehe um den Menschen, entwickelt aus der großen Epoche der europäischen Aufklärung. Und deshalb sei man ohnehin verpflichtet. Es heiße ja dort auch: „Die Würde zu schützen ist Pflicht jeder staatlichen Gewalt.“ Der Kreistag sei Teil davon. Also unabhängig, welcher Rahmen vorgegeben sei. Es bestehe die Pflicht, in unseren Gemeinden, da wo wir leben, und da, wo die Fremden jetzt auch leben, alles zu tun, damit würdige Situationen geschaffen

werden. Willkommenskultur sei ein großes Wort. Eine Nummer kleiner würde auch sehr befrieden. Es gebe große Möglichkeiten, das Klima zu bereiten - bei uns in den Gemeinden, da wo die Menschen leben, ja für den Umgang mit den Flüchtlingen. Der weitere Stellvertreter des Landrats, Helmut Himmeler, verweist auf sein Schreiben. Es sei im Übrigen entstanden nach dem beeindruckenden Vortrag von Dr. Pfohl in der SPD-Kreistagsfraktion. Dr. Pfohl sei viel gelobt worden in den letzten Wochen, heute auch – zu Recht. Man dürfe sich glücklich schätzen über die Kultur, die im Landkreis Neumarkt herrsche. Der Weg der Dezentralität in der Unterbringung habe sich als richtig erwiesen und als beispielgebend für andere. Es sei bekannt, was in großen Städten derzeit los sei. Da gebe es eine heillose Situation. Allerdings auch viel schwieriger als hier im Landkreis. Kurzum: In der nächsten Phase werde es einfach darum gehen, neben dem würdigen Umgang natürlich und über die Unterbringung hinaus, sich auch zu fragen: Wie kann den Menschen, die hier bleiben wollen, und die wir auch haben wollen, geholfen werden. Wir wollen sicher nicht alle haben, die hier herkommen, weil die rechtliche Ordnung, die Kultur und die Tradition zu achten - das ist die Grundvoraussetzung. Aber die bleiben wollen, denen muss in den nächsten Jahren und Jahrzehnten der Weg in die Gesellschaft geebnet werden. Und hier konkretisiert Vorschläge zu machen wäre momentan auch wenig sinnvoll. Der richtige Weg wäre, dass man eine Arbeitsgruppe einsetzt hier im Landkreis. Da müsse natürlich das Landratsamt dabei sein, die Arbeitgeber müssten drin sein, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Berufsschule, die Agentur für Arbeit selbstverständlich. Dort sollte man einen Weg entwickeln, den „Neumarkter Weg“, wie man mit der Thematik umgehen wolle. Und wie wir uns die Menschen, die herkommen, auch nutzbar machen können für unseren regionalen Arbeitsmarkt, der bekanntlich hervorragend ist. Ein ausgeräumter Arbeitsmarkt bei dem wir Nachwuchsprobleme bekommen werden. Das wird die große Aufgabe sein, und das will ich hiermit auch anregen und beantragen, so eine Arbeitsgruppe vorzubereiten. Die Kommunen müssten da natürlich auch dabei sein.

Der Vorsitzende fasst zusammen, die Asylbewerber- und Flüchtlingsproblematik sei eine Herausforderung, nicht nur jetzt sondern auch für die Zukunft. Man werde sich auch weiterhin mit dem Thema beschäftigen und ggf. reagieren. Die rechtlichen Rahmenbedingungen werde man jedoch beachten müssen. Der Kreistag könne diese nicht außer Kraft setzen. Es handele sich um ein wichtiges Thema, das die Beteiligten immer wieder fordern werde. Der Vorsitzende habe es bewusst auf die Tagesordnung gesetzt, um einen Überblick zu geben, wie die Problemstellungen seien und wie man damit künftig weiter verfahren wolle. Der Landkreis habe eine offene Haltung, was die Asylproblematik angehe. Dies gelte auch für die breite Öffentlichkeit. Darauf könne man stolz sein, dass die Bevölkerung dies so mittrage. „Landkreis Neumarkt – Ort der Vielfalt“ – das seien nicht nur Wörter, die irgendwann einmal geschrieben worden seien. Der Landkreis habe sich vor wenigen Jahren ein Integrationsleitbild gegeben. Dieses sei Grundlage für unser aller Handeln. Es bilde eine gute Basis, mit dieser Problemstellung fertig zu werden.

Kreisrat Köstler führt aus, der Kreistag diskutiere heute ein sehr interessantes, sensibles Thema. Er freue sich, dass man heute nicht aus der Not heraus über die Asyl- und Flüchtlingsthematik reden müsse, weil irgendetwas in unserem Landkreis nicht passe oder weil eine Katastrophe hinter uns liege, wie sie ja auch gelegentlich geschehe, sondern weil man damit zeigen könne, dass den Kreistag die Thematik interessiere und er etwas tun wolle. Man müsse trotzdem acht geben, dass man beide Felder trenne. Das eine, was der Landkreis tun könne und tun müsse. Kreisrat Köstler freut sich, dass der Landkreis sein Soll derzeit übererfülle. Das sei gut so, weil man damit zeige, dass der Landkreis Asylbewerber gerne aufnehmen wolle. Es sei ebenso gut, dass der Landkreis sein Personal aufstocke. Es sei auch eine Leistung, dass ab 2015 5 Personen mehr beschäftigt würden. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass der Kreistag diese Personalmehrung mittrage. Gleiches gelte für die Aufstockung der Asylsozialberatung. Die Mehrkosten würden den Kreishaushalt nur geringfügig

belasten und seien vertretbar. Gleichzeitig werde ein Signal nach außen gesendet, dass sie dem Kreistag wichtig sei. Es sei auch wichtig, dass der Landkreis auf die Zuweisungen vorbereitet sei. Dies sei das Problem der anderen Landkreise und kreisfreien Städten. Der Landkreis sei, aus den Ausführungen von Herrn Dr. Pfohl zu schließen, auch auf den Winter gut vorbereitet. Der Politik werfe man ja oft genug vor, dass sie nicht weit genug in die Zukunft denke. Der Landkreis Neumarkt erfülle damit seine Aufgaben. Es sei auch wichtig und notwendig, dass man die Bevölkerung mitnehme. Im Landkreis habe es bisher keine großen Diskussionen gegeben, wenn Asylanten irgendwo untergebracht werden sollten. Daran müsse der Kreistag arbeiten, dass die Bevölkerung das akzeptiere. Man dürfe hier keine Fehler machen, auch nicht von der Verwaltung. Das Ganze dürfe nicht überzogen wirken. Das alles sei bisher gut gelaufen. Kreisrat Köstler vertritt die Meinung, viele Dinge könnten nur ehrenamtlich gelöst werden. Nicht alles könne auf dem Amtswege gut gelöst werden. Der weitere Stellvertreter des Landrats, Helmut Himmler, habe vorhin das Wort „Willkommenskultur“ gebraucht. Kreisrat Köstler ist der Ansicht, die beste Form der Willkommenskultur könne man am besten in der Gemeinde selbst vermitteln. Wenn die Menschen spürten, dass sie aufgenommen würden, wenn man mit ihnen rede, wenn man ihnen im Bauhof einen Job gäbe – selbst wenn es nur 1-Euro-Jobs wären. Es wäre ein Anfang, ein Start. Es handele sich um fremde Menschen. Allein, ihnen zu zeigen, dass wir ihnen vertrauen, oder umgekehrt, dass sie einen Zugang zu uns finden – das wäre ein wertvoller Beitrag. Man müsse sich in diese Leute hinein denken, die aus einer Welt kommen, aus der sie vor Waffen fliehen. Dort würde es nicht so einfach sein, am nächsten Tag einen Arbeitsplatz aufzusuchen. All diese Wege, die hier besprochen werden, um die Leute aufzunehmen, seien gut so. Kreisrat Köstler meint daher – der Neumarkter Weg sei eben beschrieben worden – ein guter Neumarkter Weg sei bereits jetzt die bisherige Vorgehensweise. Der Landkreis erfülle seine Aufgaben pflichtbewusst, die Asylanten würden freundlich aufgenommen, die Bevölkerung trage das Ganze mit. Er habe nicht den Eindruck, dass die Asylanten irgendwo im Landkreis ausgegrenzt oder nicht als Freunde angenommen würden. Das sei für Kreisrat Köstler auch ein „Neumarkter Weg“. Es stehe jedem frei, Asylanten einzuladen – zum Nachmittagskaffee, zur Gartenarbeit – es gebe so viele Wege, wo man zeigen könne, wie wir mit Menschen, die sich in einer schwierigen Situation befinden, umgehen. All das würde Kreisrat Köstler mit einbeziehen. Der Landkreis habe den Auftrag, all das gut zu machen. Wenn dies gut gemacht würde hätte der Kreistag seine Pflicht erfüllt.

Der andere Teil wäre das, wovon wir alle hier träumen würden und uns vielleicht auch in falsche Vorstellungen hineinreden und meinen, das alles wäre ganz einfach. Wer arbeiten wolle, der bekomme auch Arbeit. Dieser Satz falle des Öfteren, aber es ist offensichtlich viel komplizierter als wir alle denken. Das Ganze würden auch wir uns alle anders wünschen. Aber, Herr Meyer, wir sind uns schon einig, dass wir das nicht regeln können, das ist nicht unser Auftrag. Dafür gibt es andere. Es handelt sich um ein Bundesgesetz, und nur, wenn der Bund das anders beschließt, dann würden wir das mittragen. Darum sollten wir im Kreistag uns auf das beschränken, was unsere Aufgabe ist und nach oben weiterleiten, was wir uns von der Gesetzgebung her wünschen würden. Der Kreistag sollte realistisch bleiben. Kreisrat Köstler geht davon aus, dass Herr Kraus und Frau Aurbach sowie deren Mitarbeiter, und alle, die mit den Asylanten arbeiten, alles tun, um die vorhandenen Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, auch auszuschöpfen. Wenn das alles so umgesetzt werde sieht Kreisrat Köstler keine Notwendigkeit, etwas Neues zu erfinden.

Kreisrat Müller erklärt, die UPW-Fraktion unterstütze das Modellvorhaben mit aller Kraft. Man vertrete die Meinung, dass es sich hier um eine humanitäre Pflichtaufgabe handele. Dass man einen Sonderweg gehen dürfe, das wäre nicht verkehrt. Er vertrete die Meinung, sämtliche gesellschaftliche Gruppen und Gruppierungen in unserem Landkreis müssten noch intensiver in diesen Prozess mit eingebunden werden. Es gehe um Menschen, die hier bei uns eine Heimat suchten. Herr Köstler, sie haben es schon richtig vorgetragen, es sei hier in

unserem Landkreis sicherlich schon Vieles sehr gut gelöst, aber warum dürfen wir nicht noch etwas draufsetzen? Etwas nicht noch besser machen? Das Modell Neumarkt wäre mit Sicherheit ein sehr guter Weg und wir würden wahrscheinlich im ganzen Land eine zukunftsweisende Sonderstellung einnehmen. Der Vorschlag, dass in den 19 Landkreisgemeinden ein Integrations- und Asylbeauftragter eingesetzt werden sollte, sei sehr gut. Die Bürgermeister würden mehr Unterstützung erfahren, auch das Landratsamt und die dort Verantwortlichen könnten besser unterstützt werden. In erster Linie sollten nochmals alle gesellschaftlichen Gruppierungen angesprochen werden. Dazu würde er auch die türkischen Gemeinden zählen. Alle müssten mit ins Boot geholt werden.

Kreisrat Dr. Schlusche schließt sich den Vorrednern an. Insbesondere unterstütze man die Ausführungen von Kreisrat Müller. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen habe sich eben nochmals besprochen und stelle den Antrag, in diesem Jahr auf das Weihnachtsessen des Kreistags zu verzichten und das eingesparte Geld an die Asylbewerber, die sich vor Ort befinden, zu verteilen, oder den Beauftragten in den Gemeinden zu übergeben.

Der Vorsitzende schlägt vor, in einer der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechungen sollte thematisiert werden, wie eine Arbeitsgruppe aussehen könnte, damit das Ganze eine gewisse Basis finde.

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden erhebt sich kein Widerspruch.

(51:0)

Der Erhöhung des Sachkostenzuschusses des Landkreises für die Diakonie auf 20.000 Euro im Jahr 2015 für die Asylsozialberatung wird zugestimmt.

(51:0)

Abschließend versichert der Vorsitzende, man werde sich überlegen, was man an Weihnachten für die Asylbewerber tun könne.

Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

(51:0)

Kreisrat Lahner und Kreisrätin Maria Deß verlassen gegen 15.50 Uhr die Sitzung.

3. Abfallwirtschaft; Gesamtüberblick über die Situation der Abfallentsorgung

Herr Schardt-Pachner und Herr Hadwiger erläutern auf Bitten des Vorsitzenden die als Anlage 3 beigefügte Präsentation über die Situation der Abfallentsorgung im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.

Kreisrätin Hoerkens verlässt gegen 16.15 Uhr die Sitzung

Der Vorsitzende unterstreicht die Ausführungen von Herrn Hadwiger hinsichtlich der planbaren Höhe der Müllgebühren. Von einer weiteren Absenkung der Gebühren sollte man Abstand nehmen. Allerdings werde auch in den nächsten Jahren keine Anhebung erwogen. Insgesamt bleibe festzuhalten, dass die Verwaltung sehr gut und effizient arbeite, so dass man hier ein Sonderlob aussprechen sollte.

Kreisrat Albert Deß, MdEP, möchte wissen, worin die teils eklatanten Unterschiede in der Höhe der Müllgebühren liegen. Der Nachbarlandkreis Nürnberger Land habe ca. die 4-fachen Gebühren, der Landkreis Roth verlange immerhin noch fast das 3-fache der Neumarkter Gebühren.

Herr Hadwiger ist der Auffassung, der Landkreis Neumarkt habe es geschafft, besonders effiziente Strukturen aufzubauen. Es gebe einige grundlegende Unterschiede, für die die genannten Nachbarlandkreise auch nichts könnten. Ein Beispiel sei die Müllverbrennung. Der Müll aus dem Landkreis Nürnberger Land gehe in eine andere Verbrennungsanlage als der Müll aus dem Landkreis Neumarkt. Auch wenn der Müllzweckverband Schwandorf nun eine Erhöhung der Umlage angekündigt habe bleibe diese immer noch die günstigste Anlage in Bayern. Ein weiteres Beispiel liege in der Ausstattung der Wertstoffhöfe. Dort leiste sich der Landkreis Nürnberger Land einen gewissen Luxus. Der Landkreis Neumarkt gehe hier einen pragmatischeren Weg. Der Bürger möchte eigentlich nur auf einem möglichst bequemen und preisgünstigen Weg seine Abfälle loswerden. Dann habe man in Neumarkt noch das Glück, über eine komfortable Rücklage Defizite ausgleichen zu können. Ohne diese müssten auch hier die Gebühren angehoben werden. So gebe es sicherlich noch mehr andere Beispiele, die für die unterschiedlichen Gebühren verantwortlich seien.

Der Vorsitzende bezeichnet die Entscheidung, sich dem Müllzweckverband Schwandorf anzuschließen, als gute und richtige Entscheidung. Davon profitiere man heute noch.

Kreisrätin Stehrenberg spricht die Altkleidercontainer an. Diese würden von verschiedenen Privatfirmen ebenso wie von Hilfs- und karitativen Organisationen aufgestellt. Bei den Bürgern gebe es große Unsicherheit, welche Container man nutzen soll.

Herr Hadwiger informiert, bei der Altkleidersammlung mache der Landkreis nicht mit. Es handele sich um einen Bereich, der als sog. gewerbliche Sammlung stattfinde. Dies sei vom Gesetzgeber auch so gewollt. Vereinfacht dargestellt: Um alle Abfälle, die nicht gefährlich seien und für die, auch ohne zutun des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, eine ausreichende Nachfrage oder Vermarktung stattfinde, müsse sich der Landkreis nicht kümmern. Aus diesem Grund werde toleriert, dass verschiedene Anbieter und Organisatoren Altkleidercontainer aufstellen. Die Verwaltung habe sich schon des Öfteren überlegt, ob in diesen Markt eingestiegen werden sollte. Aus heutiger Sicht wäre dies relativ riskant und eher mit der Gefahr von Defiziten verbunden als dass Erlöse für den Landkreis erzielt werden könnten. Deshalb beobachte man das Ganze, mische sich aber als Kommune nicht ein. Jeder, der einen Container aufstelle, müsse dies beim Landkreis anzeigen. Die Zuständigkeit liege im staatl. Abfallrecht. Dort werde geprüft, ob der Aufsteller zuverlässig sei. Allerdings erfolge keine Prüfung der Entsorgungsketten und was letztendlich in Afrika ankomme. Es gebe Initiativen, sog. Fair-Trade-Labels zu etablieren. Aber dies sei relativ schwierig. Man habe auch keine Handhabe, die Aufstellung zu untersagen, solange der Betreiber als zuverlässig eingestuft sei.

Kreisrat Düring vermisst im Satzungsentwurf den Passus, wie oft Sperrmüll im Jahr abgeholt werde. Außerdem regt er an, die Öffnungszeiten an den Wertstoffhöfen für die Anlieferung von Grüngutabfällen zu verlängern. Als dritten Punkt regt Kreisrat Düring an, den Bürgern sollte früh genug mitgeteilt werden, dass die Holzabfälle separat vom übrigen Sperrmüll abgelegt werden sollen. Er habe bei den letzten Sammlungen beobachtet, dass die Beschäftigten der Fa. Edenharder mühsam die Abfälle trennen mussten.

Kreisrätin Späth und Kreisrat Penkala verlassen gegen 16.50 Uhr die Sitzung

Herr Hadwiger antwortet, die Trennung der hölzernen Abfälle vom übrigen Sperrmüll werde künftig mitgeteilt. Bei den vergangenen Sammlungen habe man Modellversuche gestartet, daher sei es noch nicht offiziell publiziert worden. Nach den Erfahrungen habe man erkannt, dass die getrennte Erfassung sinnvoll sei und funktioniere.

Zu den Öffnungszeiten: In 18 Gemeinden bestehe auf den gemeindlichen Wertstoffhöfen die Möglichkeit, Grüngut anzuliefern. Daneben gebe es z. T. noch weitere Containerstandorte. In der Stadt Neumarkt betreibe der Landkreis auf der Deponie Blomenhof einen Wertstoffhof mit der Möglichkeit, Grüngutabfälle anzuliefern. Das System funktioniere auch sehr zu-

friedenstellend. Das Thema Öffnungszeiten komme immer wieder in regelmäßigen Abständen zur Sprache. Die Erfahrung der Verwaltung sei bisher, dass man es nie allen Beteiligten recht machen könne. Man habe bisher immer einen Kompromiss zwischen den Kosten, die von der Allgemeinheit getragen werden müssten, und den Interessen der Bürger finden müssen. Auch die Belange der Mitarbeiter, die an den Wochenenden Feierabend machen wollten, müssten berücksichtigt werden. Derzeit könne man keinen Trend erkennen, dass die Bürger mit den Öffnungszeiten unzufrieden seien. Allerdings könne man sich mit dem Thema wieder befassen.

Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, in den 18 Gemeinden würden diese den Sammelplatz vorhalten, in Neumarkt erfolge dies durch den Landkreis. Man habe nichts dagegen, wenn die Stadt Neumarkt einen eigenen Vorschlag im Hinblick auf Öffnungszeiten und Sammelplätze unterbreite.

Kreisrat Düring erklärt, für diese Aufgabe sei die Stadt Neumarkt nicht zuständig.

Herr Hadwiger verweist auf Art. 7 des Bayer. Abfallgesetzes, wonach die Gemeinden verpflichtet seien, den Landkreis bei seiner Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Die übrigen 18 Gemeinden kämen dieser Verpflichtung nach. Wenn die Stadt Neumarkt ebenfalls einen Wertstoffhof anbieten würde, würde dies die Situation mit Sicherheit entspannen.

Herr Lippmann spricht Probleme beim Gelben Sack an. In einigen Gemeinden seien keine gelben Säcke mehr vorrätig.

Herr Hadwiger bestätigt, Änderungen beim Gelben Sack seien geplant. Ab 2015 werde ein neuer Dienstleister das Einsammeln übernehmen. Der Landkreis Neumarkt habe hier kein Mitsprache- oder Entscheidungsrecht. Er sei lediglich ein sog. Abstimmungspartner. Die Fa. Edenharder versuche, mit ihren Restbeständen an Säcken sparsam umzugehen, die Fa. Pöppel könne bislang noch nicht liefern. Allerdings sollen die gelben Säcke für 2015 bereits im November 2014 an die Haushalte verteilt werden.

4. Abfallwirtschaft;

Beschlussfassung und Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. – Abfallwirtschaftssatzung -

Herr Hadwiger erläutert die Sitzungsvorlage. Die Änderung werde redaktionell an die neue Mustersatzung des Bayer. Landkreistages angepasst. Konkreter Handlungsbedarf sei gegeben, da man zum 1.1.2015 keine 50 l-Restmülltonne mehr zulassen wolle. Diese werde aufgrund arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften herausgenommen.

Der Kreistag beschließt den Neuerlass der Abfallwirtschaftssatzung gemäß Anlage 4 dieser Niederschrift.

(46:0)

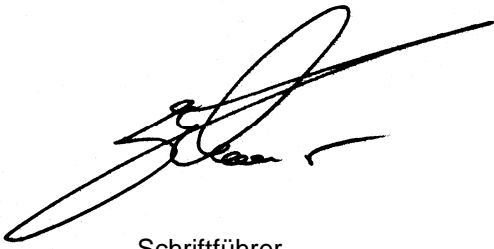
5. Abfallwirtschaft;

Beschlussfassung der Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallbeseitigung im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.

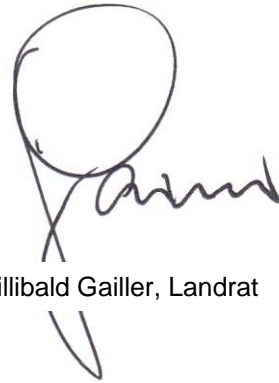
Der Kreistag beschließt den Neuerlass der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallbeseitigung im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. gemäß Anlage 5 dieser Niederschrift.

(46:0)

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen dankt der Vorsitzende für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung des Kreistages gegen 17.00 Uhr.

A handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.

Schriftführer

A handwritten signature in black ink, featuring a large, prominent circular loop at the top, followed by a vertical stroke and a series of smaller, connected loops.

Willibald Gailler, Landrat